

PDS wählen? Wir sagen ja!

Es ist schon eigenartig. Jeden Tag wird in allen Medien über die PDS geredet, selbst soll sie aber nicht zu Wort kommen. In unserem Wahlkreis gibt es Podiumsdiskussionen von unterschiedlichen Veranstaltern. Der PDS-Kandidat in unserem Wahlkreis wird in der Regel nicht eingeladen. Dafür darf sich dann der Mann von der FDP über "die Zukunft der Region und des Flughafens" auslassen. Überhaupt der Flughafen, Cargo-City, die erneut drohenden Waldverluste. Kein Thema bei den Kandidaten, als sie die "Frankfurter Rundschau" vorstellte. Leider war es nur der Kandidat der PDS, der sich entschieden gegen die Rodungspläne aussprach. Welche Gründe gibt es, diesmal die PDS zu wählen? Nehmen Sie sich ein wenig Zeit, lesen Sie diesen "blickpunkt", überlegen Sie und gehen Sie wählen!

Jeder spürt es, das Klima in unserem Land ist geprägt von Unsicherheit, Sozialabbau und einer Rechtsentwicklung, die sich nicht nur in den zunehmenden Umtrieben neofaschistischer Gewalttäter ausdrückt. Wir erleben

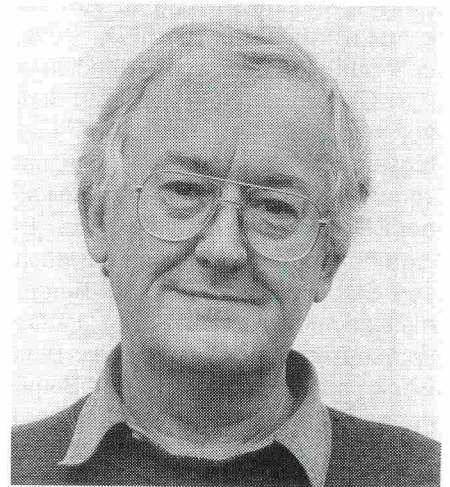
derzeit einen grundlegenden Umbau unserer Gesellschaft im Interesse des Kapitals.

Diese Entwicklung muß gestoppt werden. Wir brauchen eine sozialere und menschlichere Bundesrepublik. Der Macht von des „großen Geldes“ müssen die berechtigten Forderungen der Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes entgegengesetzt werden.

Sozialabbau stoppen

Mehr als vier Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind offiziell arbeitslos. Dazu kommen mindestens noch einmal 1,5 Millionen, deren Erwerbslosigkeit verzögert oder versteckt wird, weil sie in ABM- oder Umschulungsmaßnahmen eingebunden sind oder - wie besonders viele Frauen -

(Fortsetzung Seite 4)

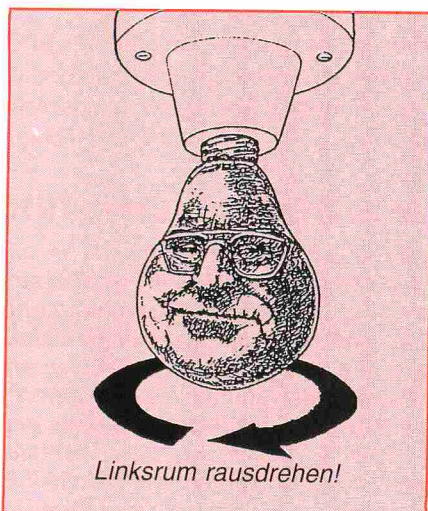


Rudi Hechler, Stadtverordneter der DKP in Mörfelden-Walldorf, langjähriger Betriebsrat und Gewerkschafter, Kandidat der PDS im Wahlkreis Groß-Gerau:

„Als die PDS fragte, ob ich mich als Kandidat zur Verfügung stelle, sagte ich ja. Ich wünschte mir einen sachlichen Wahlkampf, am besten einen Ideenwettbewerb. Jeder kann es jetzt selbst bemerken: vor allem die CDU setzt auf andere Strategien.

Beispiele: Kohl nennt sie „rotlaktierte Faschisten“. Für CDU/CSU-Minister Bötsch ist die PDS eine „Partei der Schurken“. Minister Carl Dieter Spranger nennt sie „die Mörder, Folterer und Brandstifter von gestern“. Für Theo Waigel ist die PDS ein „Krebsgeschwür“. CDU-Ministerpräsident Seite, wollte die „roten Socken“ sogar mit „dem Flammenwerfer ausräuchern“.

Seit Wochen hören wir jetzt diese dummen Sprüche. Ob sie was bewirken, erleben wir am Wahlabend. Eine linke Kraft neben der SPD im Bundestag - schlecht wär es nicht!“



Linksrum rausdrehen!

Das Phantom

Zur Bürgermeisterwahl in Mörfelden-Walldorf kandidieren 4 Kandidaten: 1 bisheriger Amtsinhaber, 2 x Oswald und 1 Phantom. Das Phantom, soviel weiß man, heißt Ursula Jung. Man weiß, daß sie Lehrerin ist und für die CDU ins Rennen geht. Mehr ist nicht bekannt. Die Auseinandersetzung im Vorwahlkampf wurde bisher von SPD, Grünen und dem unabhängigen Kandidaten H.J. Oswald geführt. Von Frau Jung hört und sieht man nichts. Dem Freitagsanzeiger (8.9.94) zufolge hat man versucht, das Phantom beim Grillfest der CDU in Walldorf aufzuspüren. „Einige hofften dabei, mit den anwesenden CDU-Politikern, darunter Bürgermeisterkandidatin Ursula Jung...ins Gespräch zu kommen,“ schreibt das Blatt. Erfolg, so scheint es, war den Bemühungen aber nicht beschieden. H. J. Oswald schrieb im Juli einen Brief an Frau Jung mit dem Vorschlag, eine gemeinsame Aktion zum Schutz des Waldes, gegen Cargo City durchzuführen. „Lassen Sie uns gemeinsam den Wald retten“ lautete die Überschrift des Briefes, der auch an den amtierenden Bürgermeister Brehl ging. Vom Phantom kam bis heute keine Antwort. Vielleicht hält sich Frau Jung als Christdemokratin an christliche Grundsätze? „Lasset Eure Weiber schweigen in der Gemeinde, denn es soll ihnen nicht zugelassen werden, zu reden“ (1. Kor. 14.34)

In diesem Fall wäre es vielleicht wirklich besser, wenn Hugo Jung den Job doch selber macht. A. J. Arndt

Anfangen

Weite Teile der Air-Base stehen auf giftigem Grund. Die Hüter unserer Freiheit haben das Grundwasser vergiftet. Früher stand auf Brunnenvergiftung die Höchststrafe. Heute haben wir uns daran gewöhnt.

Unsere Bäche sind Kloaken. Hagen bräuchte Siegfried nicht mehr hinterücks zu durchbohren; tränke der aus einer unserer Quellen, er holte sich den Katarrh. Wir wurden daran gewöhnt. Soeben werden wir daran gewöhnt, daß unser Wald den Gifttod stirbt.

Wir werden soeben daran gewöhnt, daß unsere Kinder sommers nicht mehr draußen spielen können.

Wir werden daran gewöhnt, daß wir vom Sonnenlicht krebskrank werden, daß die Polkappen schmelzen usf. Wer ist schuld, daß den Anwohnern der Durchfahrtstraßen die Ohren taub werden? Wir, die Autofahrer. Wer, daß uns der Fluglärm die Nerven zermüht? Wir, die Urlauber. Wer ist schuld, daß unsere Politiker keine Alternative schaffen? Wir, die Wähler. Wer, daß die Raffgier der Automobilkonzerne und all der anderen Geldgeier (allen voran die Banken) unsere Böden versiegelt, unsere Ressourcen vergeudet, unsere Hirne verkleistert mit Werbung? Wir, die selber Geldgierigen, die nationalen Egoisten, die Ängstlichen um unseren Arbeitsplatz, die Duckmäuser, die Fernbedienungsdemokraten. Weil die Airbase schon vergiftet ist, wollen sie den letzten Waldstreifen vor Walldorf abholzen. Sollten sie lieber die Air-Base wieder aufforsten! Fangen wir an, uns zu wehren! Kein Wald für Cargo-City, weder Süd noch anderswo!

E. Schaffner

Nachlese

Eigentlich wollte ich zum Thema Kulturcafé nichts mehr sagen. Dann lese ich (FR 22/9): „Die Bürger haben ihre Chance nicht genutzt“, sagt der erste Stadtrat (SPD). „Vielleicht gibt's bei der kommenden Stadtverordnetensitzung eine Mehrheit“, scherzte der Bürgermeister. Offenbar merken die örtlichen Sozialdemokraten also nicht einmal, daß sie bei diesem Bürgerbegehren auch gegen die CDU verloren haben. Kurz vorher gab es eine regelrechte Polarisierung, man hörte nicht mehr auf Argumente. Die CDU konnte an eine breite Grundstimmung anknüpfen, gab viel Geld für Anzeigen aus und nahm es mit der Wahrheit nicht so genau. Leider - von der größten Partei der SPD gab es keinerlei Orientierung. Die SPD-Fraktion fühlte sich an die CDU gebunden und war gegen das Projekt Kulturcafé. Der SPD-Ortsverein war dafür, sagte es aber nicht laut. Die SPD-Frauen waren auch dafür, riefen aber nur auf: »Abstimmen zu gehen«. Die SPD-Jusos waren dafür (sagten es auch, wenn auch leise). Brehl war dafür (sagte aber nix, der Feigling). Am ärgerlichsten war aber der Brief, den SPD und CDU (der Stadtverordnetenvorsteher mußte ihn unterschreiben) an alle Haushalte (ca. 10.000 DM kostete der Spaß) schickte. Hier spürte man, wie die CDU der SPD die Hand führte. Da wurden viele Gründe für die Finanznot der Kommunen aufgeführt, die wichtigsten hatte man weggelassen. Kein Satz von den Superprofiten der Banken, kein Satz von Finanzflucht, Fehlsubventionen, Superrüstung und Jäger 2000, etc. . . .

Daß man nicht auf die teuren Fraktionsräume einging, die sich bei uns SPD und CDU genehmigten, verstand sich da von selbst.

Dieser Brief und die Haltung der SPD waren entscheidend für die folgende Abstimmung. Von wegen „Chance nicht genutzt“. R. Hechler

Wahlversammlung der PDS in Mörfelden-Walldorf

Es sprechen:

**Wolfgang Gehrcke, stellv. PDS-Vorsitzender
Rudi Hechler, Kandidat im Wahlkreis 141**

**Mittwoch, 12. Oktober 1994, 20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden.
Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen.**

August Bebel im Jahre 1910

„Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien eintrete, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt.“ (Magdeburger Parteitag)

Geh'n wir doch mal hin!

Es gibt Vereine, die wirken im Stillen. Dazu gehört auch der „Heimat- und Museumsverein Mörfelden“. Als wir zwei aktive Vereinsfrauen, Anneliese Krichbaum und Marianne Scholl-Klug, besuchten, spürte man das beharrliche Engagement, ohne das im Grunde kein Verein leben kann.

Im März 1977 wurde der Heimatverein im „Grünen Haag“ gegründet. Vierundzwanzig Leute machten den Anfang - heute zählt der Verein 230 Mitglieder. Wenn man sich die Ergebnisse der letzten 17 Jahre ansieht, kann man auch den Stolz verstehen, der im Gespräch mit Vereinsmitgliedern immer wieder zu spüren ist.

Vieles ist wie in anderen Vereinen auch, man macht Ausflüge, es gibt Vorträge, ein Mitteilungsblättchen wird herausgegeben, beliebt ist der jährliche Kalender. Wie es schon im Namen anklingt, kümmert sich der Verein jedoch vor allem um die Heimat, um Mörfelden, ums Museum.

Mit der Heimat ist es schon so eine Sache. Wie oft wurde der Begriff mißbraucht, verraten und verhöhnt. Aber wie wichtig ist es doch, sich wohlfühlen in seinem Wohnort, und gut, wenn man sich ein wenig auskennt in der Geschichte seiner Heimat.

Die Öffnungszeiten des Museums bis zum 6. März 1995: Sonntags von 11-13 Uhr und von 14-17 Uhr.

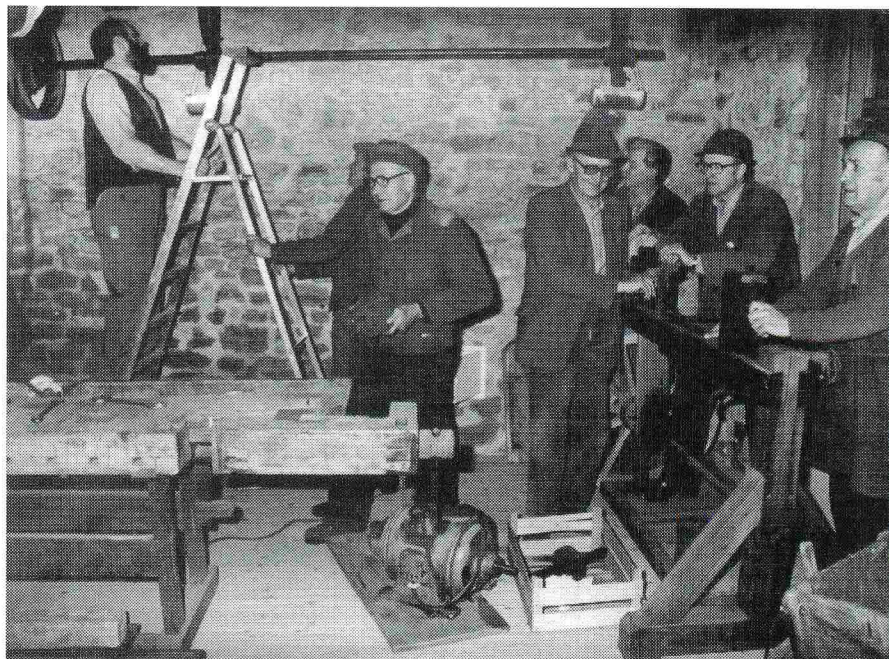
Wer sich für die Vereinsarbeit interessiert:

Jeden Dienstag ab 19 Uhr trifft man sich im Heimatmuseum "Goldener Apfel".

Kontaktadresse:

*Vereinsvorsitzender Karl Hartherz
Frankfurter Straße 26a
Telefon 22703*

Wenn es den Heimatverein nicht gäbe, man müßte ihn sofort gründen, so wichtig ist diese Arbeit, die geleistet wurde und die täglich geleistet wird. Zum Beispiel diese schon genannte „Arbeit im Stillen“: sammeln, restaurieren, archivieren. Was man heute nicht sammelt ist morgen vielleicht schon verlo-



Spezialisten. Aktivisten. Sie sind dünn gesät heutzutage. Aber sie gibt es, in allen Vereinen. Ohne sie läuft nichts. Sie werden gebraucht.

ren und kann nie mehr ausgestellt und gezeigt werden. Nichts sollte man also wegwerfen, wenn sich alte Sachen finden. Immer erst mal den Heimatverein und seine Mitglieder ansprechen. Unter ihnen gibt es schon richtige Spezialisten, sie besuchen Lehrgänge. Selbst fachmännisches Entrosten will gelernt werden. Schnell kommen dann 1200 ehrenamtliche Arbeitsstunden im Jahr zusammen.

Man trifft sich jede Woche im Heimatmuseum in Mörfelden. Selbstverständlich sind da Gäste immer willkommen. Es gibt einen Vertrag mit der Stadt und die „gemischte Trägerschaft“ bildet den Rahmen für die Museumsarbeit. Ganz besonders froh ist man, daß die Museumsleiterin Cornelia Rühlig, mit der man seit Jahren erfolgreich und gern zusammenarbeitet, weiterhin zur Verfügung steht. „Ohne diese Zusammenarbeit hätten wir diese Qualität unserer Arbeitsergebnisse nie erreicht“, wurde betont. Mit Stolz wird dann auch von Ausstellungen erzählt, die es schon gab. Ausstellungen über Bertha von Suttner, über die Naturfreunde. Aber auch kleinere Ausstellungen über die „Merfelder Kerb“, über Poesiealben und alte Musikinstrumente. Über zwanzig Ausstellungen und Veranstaltungen gab es allein seit dem Januar 1993, das kann sich sehen lassen.

Darüber hinaus sind die Museumsleute aktiv im Museumsgarten, halten Vorträge in der Schule.

Dann die Pläne - da kommt einiges auf uns zu. Eine Textilausstellung wird es geben. Im Januar eine Limes-Ausstellung, mit Funden aus der Römerzeit und, und, und . . .

Was sonst? Man freut sich über das gute Miteinander im Verein und die enge Verbindung mit vielen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Man will die Arbeit mit den Walldorfer Museumsleuten noch ausbauen, ist begeistert über die Bereitschaft von Mitgliedern und Nichtmitgliedern „etwas zu machen“.

Ach ja, am 19. November ist ein Volksliedernachmittag - geh'n wir doch einfach mal hin!

Der Flughafen wächst weiter - wo ist das Ende der Fahnenstange?

Diskussionsabend

**Mittwoch, 2. November '94,
20 Uhr, Bürgerhaus,
Mörfelden, Klubraum**

**LINKE RUNDE
Diskussionsforum der
DKP Mörfelden-Walldorf**

(Fortsetzung von Seite 1)

den Gang zum Arbeitsamt gar nicht erst antreten.

Rund 10 Prozent der Menschen in Deutschland leben in Armut, gemäß der EG-Richtlinie, nach der als arm gilt, wer über höchstens 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens verfügt. Dabei ist die Zahl der statistisch Armen in den neuen Bundesländern doppelt so hoch wie im Westen. Entsprechend hoch - mit steigender Tendenz - ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger, selbst unter Menschen, die noch erwerbstätig sind.

Vor vier Jahren hieß es: „Gürtel enger schnallen für den Aufschwung Ost“, heute sollen die arbeitenden Menschen mit dem Hinweis auf den angeblich bedrohten „Standort Deutschland“ zu Lohnverzicht und Zustimmung zum Abbau erkämpfter Sozialleistungen gezwungen werden.

Die leichte Konjunkturbelebung wird von der Regierungspropaganda zwar als Wahlkampfködor genutzt, die Konzerne denken jedoch nicht daran, etwas zur Verbesserung der Lage der Arbeitenden zu tun. Im Gegenteil, es geht ihnen um einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft zugunsten der Banken, Konzerne und Superreichen. Ihnen sollen die Steuern gesenkt werden; die Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sinken durch immer höhere Steuern und Abgaben. Notwendig ist:

Sozialabbau stoppen, Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Renten sichern

Die Ausplünderung der Rentenversicherung zur Finanzierung des Haushaltsdefizits muß gestoppt werden. Die Renten sind kein Almosen, sondern Teil des Arbeitslohnes der Arbeitenden. Sie müssen gesichert und wieder regelmäßig und dynamisch erhöht werden.

Gleichberechtigung durchsetzen

Der Gleichberechtigungsgrundsatz für Frauen im Grundgesetz wird ständig weiter ausgehöhlt. Das jüngste Glied in der Kette ist die von der Koalition geplante erneute Verschärfung des Paragraph 218/219. Damit sollen Frauen von Staats wegen entmündigt und auf Familie und Heim zurückverwiesen

werden Nach dem alten Grundsatz der Herrschenden: Als Letzte geheuert, als erste gefeuert, sollen sie vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, wie es im Osten seit der Wende schon millionenfach praktiziert wird. Damit wird Millionen von Frauen eigene Erwerbsarbeit verwehrt, oder sie werden in Teilzeit-, Aushilfs- oder ungeschützte Arbeitsverhältnisse oder sogar in die Abhängigkeit von Sozialhilfe abgeschoben. Die DKP fordert u.a.: Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219; die Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze gegen Frauen, Gleichstellung in allen gesellschaftlichen und Arbeitsbereichen, auch durch Schaffung entsprechender organisatorischer Umstrukturierungen; Gleiche Chancen bei der Berufsausbildung und beim beruflichen Aufstieg;

Zur Verstärkung der Rechte der Jugendlichen fordern wir mehr Mitbestimmung der Jugend bei Bereitstellung und Inhalten von Bildungs- und Berufsausbildungsmöglichkeiten.

Wir fordern das Verbot von Diskriminierungen gegen Behinderte und einen Ausbau von Möglichkeiten, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Dazu gehören Bildung und Ausbildung, Wohnung und Arbeit, Freizeit und Erholung, Hilfe im Alltag und Fürsorge im Alter.

Rassismus bekämpfen

Die Bundesrepublik ist seit der Ankunft der ersten „Gastarbeiter“, ein Einwanderungsland. Die Wirtschaft brauchte und schuf diesen „Einwanderungs-

Arbeitsmarkt“. Viele arbeitsmarktpolitische Engpässe ließen sich bis heute ohne die Hilfe von Einwanderern nicht bewältigen. Das „Wirtschaftswunder“ hätte ohne sie nicht stattgefunden.

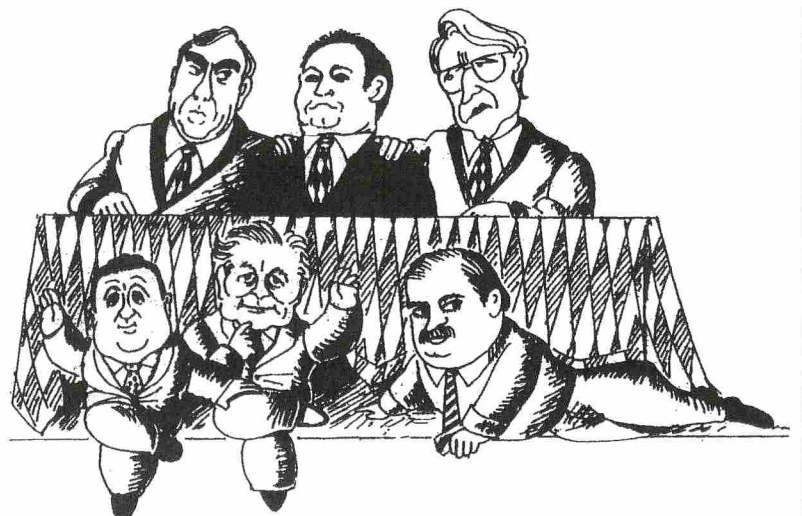
Obwohl viele nichtdeutsche MitbürgerInnen seit Generationen in Deutschland leben, ihre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlen, kommunale Aufgaben durch ihre Abgaben mit finanzieren, blieben ihnen bis heute Rechte verwehrt.

Die DKP fordert u. a.: Das Wahlrecht für nichtdeutsche BürgerInnen, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben; Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik haben; Konsequente Strafverfolgung faschistischer und rassistischer Gewalttäter und ihrer Hintermänner; Ideelle und materielle Unterstützung für antifaschistische und antirassistische Organisationen und Initiativen aus dem Bundeshaushalt.

Rüstung senken

Im Äußeren hat die Bundesrepublik bewußt darauf verzichtet, nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes mit Vorschlägen für eine aktive Friedenspolitik in Europa den Frieden sicherer zu machen. Statt dessen dringt die Regierung darauf, nach dem Freibrief durch das Bundesverfassungsgericht endlich auch Einsätze der Bundeswehr in Krisengebieten durchzusetzen. Sie argumentiert damit, die Bundesrepublik müsse „Verantwortung im Bündnis“ übernehmen. Die SPD hatte

WIR SIND KORRUPT BIS AUF DIE KNOCHEN —
DOCH UNS'RE MACHT BLEIBT UNGEBROCHEN...



in der ganzen Diskussion allenfalls legalistische Vorbehalte. Die Bundesrepublik hat sich an die zweite Stelle der Waffenexporteure in Europa gehandelt. Deutsche Waffen töten mit im ehemaligen Jugoslawien und sind in der Türkei auf Kurden gerichtet. Daneben wird das unsinnige und ständig teurer werdende Projekt des „Jäger 90“ unter dem neuen Namen „Eurofighter 2000“ weitergeführt. Die DKP fordert ein Exportverbot für Waffen und waffenfähiges Material und Gerät- nicht nur in Krisengebiete - und entsprechende strenge Kontrollen.

Profite beschneiden

Wer kann im Lande finanzielle Einbußen vertragen, wer soll denn wirklich zur Kasse gebeten werden?

Darauf antworten wir: Das sind und bleiben in erster Linie die Reichsten, die Großaktionäre, die Großbanken, die Konzerne, für die die Bundesbank schon im vergangenen Jahr für 1994 einen Profit von 17 Prozent vorausgesagt hatte.

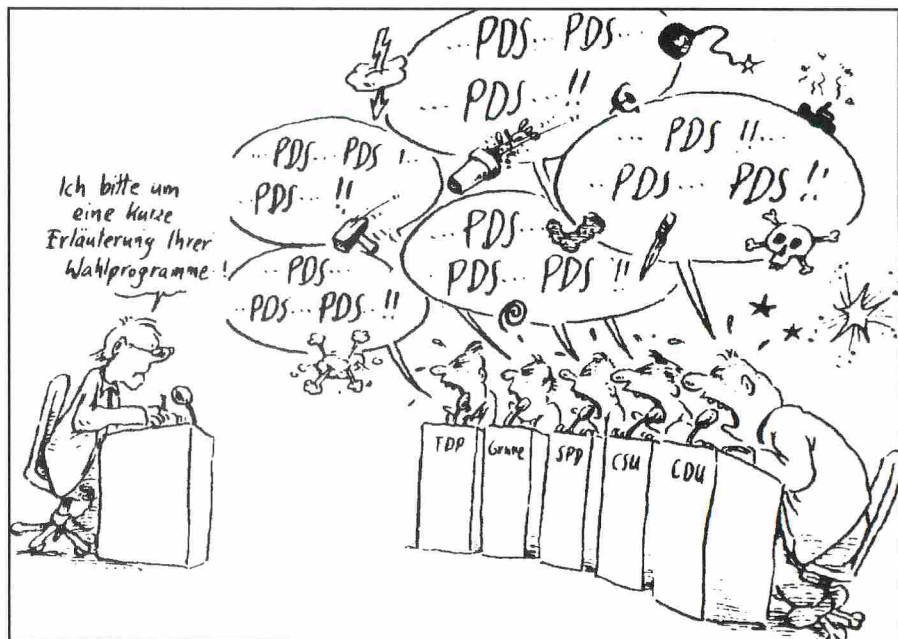
Die Konzerne haben bei der Annexion der DDR Wiedervereinigungsgewinne gemacht, die in die hunderte Milliarden Mark gehen.

Die Stahlkonzerne, die in den vergangenen Jahren Zehntausende von Beschäftigten auf die Straße warfen, haben in dem sogenannten Zwischenboom ebenfalls Gewinne in zweistelliger Milliardenhöhe gemacht.

25 Milliarden Mark können gespart werden durch Halbierung der Rüstungskosten, 150 Milliarden durch Verzicht auf den „Eurofighter 2000“, weitere Milliarden durch entschiedene Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Unser Steuersystem ist zutiefst unsozial. Die Millionen werden immer mehr ausgepreßt, die Millionäre entlastet. Steuerflucht und Investitionsverlagerungen ins Ausland kosten den Bundeshaushalt und die Kommunen Milliarden, die für dringend benötigte soziale Ausgaben fehlen.

Hier kann in einem Ausmaß gespart werden, daß nicht ein einziger lohnabhängiger Bürger unseres Landes belastet werden muß. Hier liegt das Geld für Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe, für Kindergärten, Pflegeversicherung, soziale und kulturelle Aufgaben, die jetzt brutal zusammengestrichen werden.

Ein Umbau der Bundesrepublik tut not - allerdings anders, als von der Bun-



desregierung geplant. Änderungen können durch eine konsequente Opposition im Parlament angestoßen werden.

Linke Opposition stärken

Eine parlamentarische Opposition aber ist nur lebensfähig mit der Unterstützung außerparlamentarischer Kräfte. Ein Signal in die richtige Richtung wäre es, wenn die Wähler der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP der Regierungskoalition eine Niederlage zufügten. Eine Absage an die Koalition könnte auch für den zukünftigen Kurs der SPD eine gewisse Signalwirkung haben. Der Anpassungskurs nach rechts, den der SPD-Vorsitzende Scharping betreibt, ist keine Alternative zur CDU/CSU. Eine Chance für eine andere Politik, die auch viele SPD-Mitglieder wollen, kann sich nur ergeben, wenn er nicht die erhoffte Zustimmung findet. Auch der Anpassungskurs der maßgeblichen Grünen-Politiker an die SPD ist kein Weg, den Kurs nach rechts zu stoppen.

Die PDS ist im Bundestag vertreten. Sie hat mit den aufgestellten „offenen Listen“ bei diesen Wahlen von allen bestehenden linken Organisationen noch am ehesten eine Chance, wieder eine parlamentarische Vertretung zu erreichen.

Auch wenn wir nicht mit allen Aussagen der PDS übereinstimmen, so sagen wir doch, daß sie in vielen aktuellen Fragen Standpunkte und Forderungen vertritt, die mit denen der DKP

und vieler anderer demokratisch und links eingestellter Menschen übereinstimmen.

Sie tritt ein für das Recht auf Arbeit und eine aktive Beschäftigungspolitik, für den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Männer und Frauen, Jung und Alt, für Ost und West.

Sie fordert mehr gewerkschaftliche Mitbestimmung, die gesellschaftliche und politische Gleichstellung der Frauen und die Abschaffung der Paragraphen 218/219.

Sie will Maßnahmen zum besseren Schutz der Umwelt und eine grundlegende ökologische Wende.

Sie setzt sich ein für gleichberechtigte und solidarische Beziehungen mit den Ländern der sogenannten dritten Welt und den Völkern Osteuropas.

Es kann für die Entwicklung der außerparlamentarischen Bewegungen nur von Vorteil sein, wenn diese Standpunkte und Forderungen auch in den kommenden Jahren im Bundestag zur Sprache kommen und die anderen Parteien immer wieder damit konfrontiert werden.

Die gemeinsame Abwehr der Rechtsentwicklung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft braucht den Dialog und die Zusammenarbeit aller linken, antifaschistischen und demokratischen Kräfte.

Deshalb ruft die DKP auf:

**Am 16. Oktober '94
PDS wählen!**

Kuba-Solidarität im Kreis Groß-Gerau

Die bundesweite Solidaritätskarawane „Ein Schiff für Kuba“ machte auch im Kreis Groß-Gerau halt. In Rüsselsheim begeisterte auf einer Solidaritätsveranstaltung u.a. eine afrikanische Gruppe aus dem Senegal (unser BM-Foto). Auch im Mörfelder Bürgerhaus fand eine Kuba-Solidaritätsveranstaltung statt, die reges Interesse fand.

Die bundesweite Solidaritätskarawane „Ein Schiff für Kuba“ war ein voller Erfolg.

Ende September trafen sich sämtliche Busse und LKWs, mit Spendengütern beladen, in Hannover fuhren von dort in einem Konvoi nach Bremen, wo sie am 1.10. verschifft wurden. In Havanna werden alle Spenden über das ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft) an die sozialen Einrichtungen verteilt.

Allein die Rüsselsheimer Veranstaltung am 24.9.1994 brachte soviele Spenden ein, daß der Bus gefüllt wurde und ein weiterer LKW angemietet werden mußte. Unterstützt wurde die hiesige Aktion durch zahlreiche Vereinigungen: Rüsselsheimer Forum, VDAS, Infobüro Freiwerk, den Ausländerbeiräten von Nauheim und Rüsselsheim, IPPNW-Regionalgruppen Mainz/Wiesb., GEW-Kreisvorstand Groß-Gerau, Bauwagensiedlung, spanische Elternvereine Kelsterbach/Rüsselsheim/Mörfelden-Walldorf/Nauheim, spanisch-katholische Mission, christliche Flüchtlingshilfe Mörfelden-Walldorf und Planlos Raunheim.

Die Initiative geht zurück auf die US-amerikanische Vereinigung „Pastors for Peace“, die bereits seit 3 Jahren sogenannte „Freundschafts-Karawanen“ nach Kuba durchführen, um den Leidtragenden der unmenschlichen

und völkerrechtswidrigen Blockade-Politik beizustehen. Da den US-amerikanischen Bürgern die Reise nach Kuba bei Gefängnis-Strafe verboten ist, müssen die inzwischen über tausend Theologen um Reverend Lucius Walker umständliche Wege über Mexico nutzen, wobei zum Teil tagelange Hungerstreiks durchgeführt wurden, um Spendengüter über die Grenze zu bekommen.

Nach der erneuten Verschärfung der Wirtschaftsblockade und den damit verbundenen Schwierigkeiten für das kubanische Volk, ist die Initiative notwen-

diger denn je. Seit 35 Jahren nunmehr, kämpft die kleine Insel um ihr Recht auf Selbstbestimmung und die elementarsten Rechte, die durch eine wirtschaftliche, ideologische, militärische und politische Blockade gebrochen werden sollen. Eine Blockade, die von der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder, sowie der US-Kubaner in Miami verurteilt wird. Eine Blockade, die von der großen Mehrheit der UNO-Versammlung und Menschen in aller Welt geächtet wurde, da sie einer Fortsetzung des kalten Krieges gleichkommt und somit völlig haltlos geworden ist.

Helfen wir dem kubanischen Volk durch unsere Solidarität! Zeigen wir unseren kubanischen Freunden, daß sie nicht alleine sind! Denn der Kampf Kuba's ist unser aller Kampf!

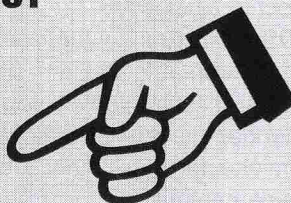
Barbara Muñoz, Mörfelden-Walldorf



Sie sind für Cargo-City?

Dann wählen Sie bitte so:

- CDU 
- FDP 
- SPD 



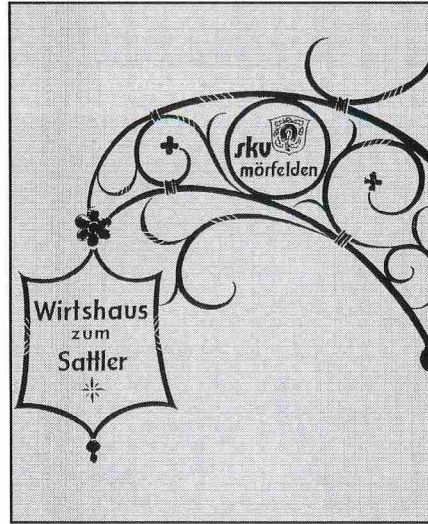
Für den Durchblick im Alltag:UZ

unsere zeit-Zeitung der arbeitenden Menschen—
Zeitung der **DKP!**



Probeexemplare bestellen!

**Hoffnungstraße 18
45127 Essen**



Rekordzahlen

Nahezu 600 Helferinnen und Helfer haben in den zurückliegenden Jahren in etwa 6300 Einsätzen rund 44000 Arbeitsstunden unentgeltlich erbracht. Davon sind 93 Personen, die über 50 Stunden geleistet haben. Die Spitze bilden allerdings 15 Personen die in mehr als neunjähriger Arbeit fast 70%, nämlich rund 29000 Stunden leisteten.

Herzlichen Glückwunsch der SKV

Das Vereinsheim der SKV „Zum Sattler“ ist fertiggestellt. Ein Schmuckstück von außen und innen, das künftige Domizil aller Mitglieder der SKV, zentral im Stadtkern gelegen, geht Mitte Oktober in Betrieb. Großes wurde, insbesondere von den vielen freiwilligen,

ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet und damit angeknüpft an alte Mörfelder Traditionen beim Volkshaus und Stadionbau.

Dank der vielen ehrenamtlich geleisteten Arbeitsstunden konnte das Haus mit verhältnismäßig geringen finanziellen Aufwendungen umgebaut bzw. erneuert werden.

Hierdurch wurde der Etat des Großvereins nur wenig in Anspruch genommen und konnte für den laufenden sportlichen und kulturellen Spiel- und Übungs-

betrieb weiter zur Verfügung stehen. Lob und Anerkennung muß man aber auch dem Vorstand aussprechen, daß er die Weitsicht und den Mut hatte, ein solches Projekt in Angriff zu nehmen ohne zu wissen, wie groß die Helferschar sein wird.

Abschließend bleibt nur zu sagen: Das Werk ist gelungen, nun liegt es an allen Abteilungen, das Haus mit Leben zu erfüllen.

Heinz Hechler

Gedanken zu Cargo-City

„Kaufen Sie - Erdbeeren im Winter, Tomaten aus Teneriffa - fliegenden“ Fisch aus USA - T-Shirts, hergestellt in Brasilien, bedruckt in Taiwan. Gewinn für wen?

Beispiel elektronische Bauteile: in Deutschland produziert, nach Taiwan geflogen (3 Pfennig pro Stück), dort verpackt (3 Pfennig pro Stück), nach Deutschland zurückgeflogen (wieder 3 Pfennig pro Stück).

Das geht, weil Flugbenzin viel billiger ist als das Benzin an der Tankstelle (ab 4 Pf Liter) - weil Asiaten, Afrikaner, Indios oder Osteuropäer, viel billiger arbeiten als ein deutscher Facharbeiter - weil ein mexikanischer Bauer mehr Gift spritzen darf als ein deutscher - weil Lagerhallen teurer sind als der Frachtraum unter dem Sitz Ihres Urlaubsjumbos.

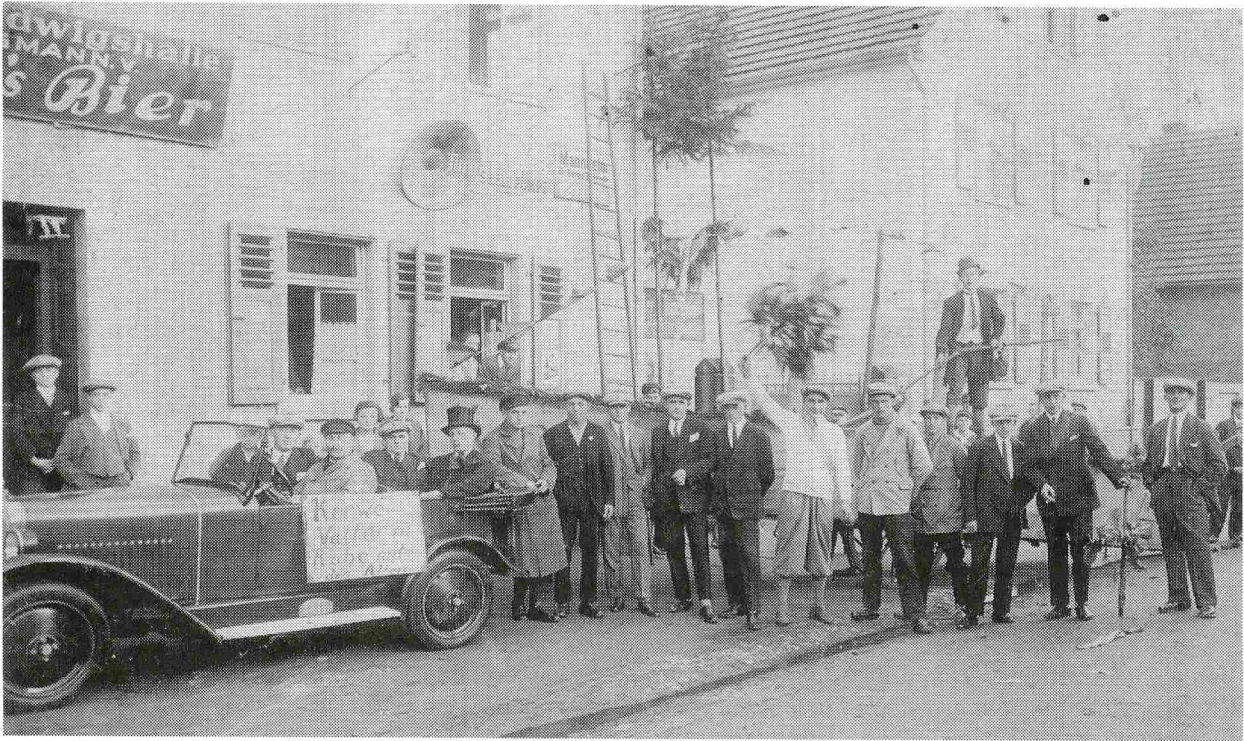
Die Folgen dieser Wirtschaftsstrategie: Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland - Ausbau kleiner Flughäfen in Wohn- und Erholungsgebieten - Umwandlung von Militär- in Frachtflughäfen - Abbau der Nachtflugbeschränkungen - Ausweitung der Betriebszeiten auf 24 Stunden am Tag - Lärm und Schadstoffe aus der Luft bei Tag und Nacht - Erhöhung des Unfallrisikos durch noch stärkere Verdichtung des Flugverkehrs über Deutschland. Wem nutzt dieser Irrsinn?

Immerhin - dafür soll Cargo-City gebaut werden. Dafür sollen wieder 30 Hektar Wald der Säge zum Opfer fallen.“

Aus einer Mitteilung der Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms



Stadtgeschichten



„Merfelder Kerb“- Ende der 20er Jahre. Vor der Gaststätte „Zur Ludwigshalle“ (Sattler) stellten sich die „Kerweborsch“ zum Umzug auf, um noch schnell vom Fotografen Anthes abgelichtet zu werden. Hermann Dammel, der 87-jährige Alt-Handballer, der uns das Bild dankenswerterweise zur Verfügung stellte, erzählte uns : „Auf dem Bild sind überwiegend Handballspieler zu sehen, die gerade von einem Spiel zurückkamen. Der „Sattler“ war auch für die Handballabteilung der „Freien Turner“ das Vereinslokal.“



Im offenen Kabriolett sitzen die „Kerwevatter in Ruhe“ von links Jakob Schulmeyer (Mensch-Jakob), Fahrer Jakob Scherer (Ziga-Scherer), Wilhelm Feldmann und Georg Fritz (Maiert), mit Zylinder. Stehend von links reihen sich an Jakob Fritz, H.Glotzbach, Adam Schulmeyer, Ludwig Arndt, Georg Kunz, Peter Schmitt (Kerwevatter mit Strauß), Georg Gernandt (damals Handballtorwart) und Hermann Dammel. Die übrigen, die sich auf dem Bild befinden, konnten auch die älteren Befragten nicht erkennen.

**Lieber rote
Socken als
kalte Füße**

Liste 6



**Wahlzettel
sind
Denkzettel**

PDS